

38,5-STUNDEN-WOCHE UND LEBENSARBEITSZEITKONTO

# Entlastung für Polizisten

Die Forderung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach einer entscheidenden Reduzierung der Wochenarbeitsstunden für Polizisten ist nicht nur gerechtfertigt, sondern überfällig. Diese Maßnahme wird als ein fundamentaler Schritt angesehen, um die anhaltend hohe Belastung der Beamten zu verringern und gleichzeitig die Qualität ihrer Arbeit signifikant zu verbessern.

**Diana Arnold**

stellvertretende Landesvorsitzende

Die Erhöhung der Wochenarbeitsstunden von 38,5 Stunden auf 41 Stunden pro Woche im Jahre 2004 durch die damalige Landesregierung von CDU und FDP stellt im Nachhinein eine schwerwiegende Fehlentscheidung dar, die nicht nur die Belastung der Polizisten gesteigert hat, sondern auch die Effektivität und Motivation der Beamten gefährdet. Diese 41-Stunden-Woche hat viele Polizistinnen und Polizisten an die Grenzen ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit gebracht, was sich negativ auf den gesamten Polizeidienst auswirkt.

## Hintergründe der Entscheidung 2004

Die damalige Begründung der Landesregierung beruhte auf der Notwendigkeit der

Haushaltskonsolidierung. Es wurde argumentiert, dass die Erhöhung der Arbeitszeit eine Finanzierungsmaßnahme sei, um die Ausgaben für Gehälter und Pensionen zu reduzieren. Diese Sichtweise verkennt allerdings die Realität, dass kontinuierlicher Personalmangel und Überlastung nicht die Lösung, sondern ein fatales Problem darstellen. Der Staat verlangt von seinen Polizisten höchste Einsatzbereitschaft, sollte ihnen aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen bieten!

## Positive Steuereinnahmen – Chance nutzen!

Die jüngsten Prognosen der Steuerschätzungen zeigen eine deutliche Abkehr von den früheren finanziellen Engpässen. Mit ei-



Foto: GdP-BW (DA)



nem geschätzten Anstieg der Mehreinnahmen des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2023 um etwa 550 Millionen Euro besteht endlich die Möglichkeit, die Arbeitsbedingungen der Polizeibeamten zu verbessern. Für 2025 werden Steuereinnahmen von satten 39,493 Milliarden Euro erwartet! Dies kann der Wendepunkt werden, um nicht nur über finanzielle Restriktionen nachzudenken, sondern proaktive Schritte zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu unternehmen.

Wir sehen eine klare Chance, endlich zur Reduzierung der Wochenarbeitsstunden zurückzukehren und die Polizeibeamten angemessen zu entlasten. So sieht Wertschätzung aus – aus Taten und nicht aus Worten.



## Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos als Schlüssel zum Erfolg

Darüber hinaus wird die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos (LAZK) für alle Polizeibeamten in Baden-Württemberg als entscheidender Schritt angesehen. Ein solches Konto würde die Möglichkeit bieten, Überstunden und nicht genommene Urlaubstage flexibel zu verwalten und somit die Arbeitszeiten individuell an die Bedürfnisse der Beamten anzupassen. Diese Flexibilität ist nicht nur wichtig für die persönliche Lebensqualität, sondern auch für die Gesundheit der Polizisten, was wiederum die Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz fördert.

Die Schaffung einer ausgewogenen Work-Life-Balance muss in den Mittelpunkt der Personalpolitik gerückt werden! Ein Lebensarbeitszeitkonto könnte nicht nur die Attraktivität des Polizeiberufs erheblich steigern, sondern auch dazu beitragen, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu halten.

In Anbetracht der drängenden Herausforderungen, mit denen Polizisten konfrontiert sind, kann die Einführung einer solchen Arbeitszeitregelung nicht länger ignoriert werden. Es ist von größter Bedeutung, eine Balance zwischen den Anforderungen des Dienstes und den individuellen Bedürfnissen der Polizeibeamten zu schaffen. Nur so können wir gewährleisten, dass unsere Polizei leistungsfähig, motiviert und handlungsfähig bleibt.

## Daher fordern wir mit Nachdruck:

**Die Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche** – für die Gesundheit und das Wohl unserer Beamten!

**Die umgehende Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos** – für eine faire und flexible Arbeitszeitgestaltung!

Es ist an der Zeit, die Weichen neu zu stellen und die Arbeit der Polizei wertzuschätzen. Jede Maßnahme, die zu einer besseren Arbeitsumgebung beiträgt, kommt nicht nur den Beamten zugute, sondern der gesamten Gesellschaft und der Sicherheit in unserem „Ländle“. ■



Foto: GdP BG PTLs POL

# Nachruf

Die Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Baden-Württemberg  
Bezirksgruppe PTLs POL  
trauert um

## Heinz Reichert Erster Kriminalhauptkommissar a.D.

Heinz Reichert verstarb am 13.06.2024 im Alter von fast 84 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit. Er trat der GdP nach seiner Einstellung bei der Bereitschaftspolizei in Göppingen am 01.12.1959 bei. Nach seiner Versetzung zur Kriminalhauptstelle der LPD Stuttgart I im Jahr 1969 nahm er verschiedene Leitungsfunktionen bei der Abteilung 2 wahr. Im Jahr 1977 wurde er in den örtlichen Personalrat gewählt, dessen Leitung er erstmals 1981 übernahm. Unterbrochen durch Abordnungen zum LKA und nach Sachsen wurde er im Jahr 1996 erneut zum Vorsitzenden des ÖPR gewählt; dieses Amt hatte er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2000 inne. 2004 übernahm er das Amt des Seniorenvertreters bei der Kreisgruppe LPD Stuttgart I und ab 2014 bei der Bezirksgruppe PTLs Pol bis zum Jahr 2020.

Heinz Reichert erhielt im Jahr 2020 die hohe Ehrung für 60 Jahre Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen, denen wir viel Kraft und Zuversicht in dieser schweren Zeit wünschen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Gundram Lottmann**  
GdP-Landesvorsitzender  
Baden-Württemberg



**Stephan Vogt**  
GdP-Bezirksgruppenvorsitzender  
Präsidium Technik, Logistik, Service





LANDESVORSTANDSSITZUNG

# Intensiv und zielorientiert

Am 24. und am 25. Juli fanden in Ehingen/Donau die Sitzungen des Landesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg (GdP BW) statt. Neben den Mitgliedern des Landesvorstandes konnte der Landesvorsitzende Gundram Lottmann nachfolgende Gäste begrüßen: Manuel Hagel (Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg), Christian Gehring (Mitglied des Landtags Baden-Württemberg und Vorsitzender des AK II Inneres, Digitalisierung und Kommunen), Daniel Lorch (Cyberspezialist des Polizeipräsidiums Reutlingen) sowie den Ehrenvorsitzenden der GdP BW, Hans-Jürgen Kirstein.

**Uli Müller**  
GLV-Mitglied

Die Sitzungsleitung wurde durch die stellvertretenden Vorsitzenden der GdP BW, Thomas Mohr und Diana Arnold, übernommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in einem respektvollen Moment der Stille und Kondolenz an die im Dienst getöteten Kollegen Rouven Lauer und Thomas Hohn sowie allen weiteren verstorbenen Kolleginnen und Kollegen gedacht.

Daniel Lorch, Cyberspezialist des Polizeipräsidiums Reutlingen, hielt während eines Besuchs im Jobcenter in Ehingen durch den Geschäftsführenden Landesvorstand und in Anwesenheit von Christian Gehring sowie am darauffolgenden Tag vor dem Landesvorstand einen eindrucksvollen Vortrag über die Gefahren von Cyberangriffen mit dem Ziel von Gelderpressungen in Millio-



Fotos: GdP-BW (TW)

nenhöhe. Diese Angriffe können bis zum finanziellen Ruin von Wirtschaftsunternehmen, Behörden und Krankenhäusern, aber auch zur konkreten Gefahr für Menschenleben führen. Den Teilnehmern wurde schnell klar, dass trotz der außergewöhnlichen Erfolge des Teams aus Reutlingen im Bereich

der Cybersicherheit in Baden-Württemberg und bundesweit noch viel Raum für Verbesserungen besteht.

Neben einer kritischen Rückbetrachtung des Auswahlverfahrens für den gehobenen Dienst, das derzeit durch eine Online-Umfrage der GdP BW begleitet wird, und der lo-



GdP-Ehrenvorsitzender Jürgen Kirstein



Geburtstagswünsche



v.l.: Christian Gehring, MdL und Manuel Hagel, MdL



benswerten Betreuungsaktion der GdP BW im Rahmen der EURO 2024, bildeten die Impulsreferate von Manuel Hagel und Christian Gehring sowie die daran anschließenden intensiven Diskussionsrunden den Höhepunkt der Sitzungstage. Diese fanden auch unter dem Einfluss der jüngsten schrecklichen Vorfälle innerhalb der Polizei statt.

Beide Politiker nahmen sich ausreichend Zeit und machten ihre politischen Standpunkte sowie ihre Vision für die Zukunft des Landes und insbesondere die Rolle der Polizei in Baden-Württemberg deutlich. Zudem dankten sie für die gute, professionelle und insbesondere sachorientierte Zusammenar-



Cybercrime-Vortrag

beit mit der GdP BW. Darüber hinaus war es Manuel Hagel ein Anliegen, der GdP BW für ihr intensives Engagement zur Erhaltung



Vortrag der JUNGE GRUPPE

des Sockelbetrages im Rahmen der jüngsten Tarifverhandlungen zu danken. „Das ist euer Erfolg“, so Hagel.

Die Verabschiedung der Ehinger Resolution, welche die wichtigsten Forderungen der GdP BW enthält, bildete den Schlusspunkt unter zwei sehr intensive Landesvorstandssitzungen. ■

ARTIKEL ERSCHIENEN IM MANNHEIMER MORGEN AM 3. AUGUST 2024:

## GdP-Gedenktag für Rouven Laur

Marktplatz-Attentat: Die Gewerkschaft der Polizei hat den 31. Mai, dem Tag des Messerangriffs, als Gedenktag festgelegt, um an den verstorbenen Kollegen zu erinnern.

Redaktion (TM) mit freundlicher Genehmigung des Mannheimer Morgen

**Mannheim/Stuttgart.** Den 31. Mai, der Tag des Messerangriffs auf dem Marktplatz, in dessen Folge der Polizist Rouven Laur ums Leben kam, wird Mannheim so schnell nicht vergessen. Die Menschen, die am Marktplatzbrunnen kurz innehalten, und die Blumen, die noch immer am Tatort niedergelegt werden, zeugen davon. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) will nun mit einem Gedenktag am 31. Mai und einem Abzeichen weiter an ihren verstorbenen Kollegen erinnern. „Wir werden Rouven Laur niemals vergessen“, teilte Thomas Mohr, der Mannheimer Vorsitzende der GdP, mit.

Der Tod von Laur, der wenige Tage nach dem Angriff am 2. Juni seinen Verletzungen im Krankenhaus erlag, habe das Bewusstsein für die Gefahren im Polizeidienst geschärft, erklärte Mohr in der Pressemitteilung weiter. „Vielen Kolleginnen und Kollegen ist dadurch erneut bewusst geworden, dass sie jederzeit mit dem Schlimmsten rechnen müssen“, betonte er. Die Polizistinnen und Polizisten müssten jederzeit auf das Gewalt- und Risikopotenzial vorbereitet sein.

Mohr forderte eine offene Debatte über die Bedrohungslage für Demokratie und Rechtsstaat. Zudem müssten die Arbeitsbelastung und die Arbeitsbedingungen im Polizeidienst thematisiert werden. „Wir fordern die Politik auf, die Debatte wieder aufzunehmen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Polizistinnen und Polizisten, die Demokratie und den Rechtsstaat bestmöglich zu schützen. Gerade am Gedenktag werden wir die Politik daran erinnern!“, so Mohr.

Das Gedenkabzeichen, das der Vorsitzende der Mannheimer GdP auf Wunsch der Blaulichtfamilie habe herstellen lassen, soll zum einen an Laur erinnern, zum anderen auch ein Zeichen gegen Angriffe auf Einsatzkräfte setzen. „Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, dass Rouven immer in unseren Herzen ist, und damit auch an den sinnlosen und tragischen Verlust erinnern“, hatte Mohr dazu bereits Mitte Juli gesagt, als er das Abzeichen ankündigte. Zudem solle es auch für die Eigensicherung der Einsatzkräfte im Dienst sensibili-

sieren: „Wenn das Gedenkabzeichen auch dazu beiträgt, dass unsere Einsatzkräfte auf sich aufpassen, hat es neben der Erinnerung an Rouven einen weiteren Zweck erfüllt“, sagte Mohr.

Nachdem das Abzeichen in einer Auflage von 500 Stück zunächst an die Mannheimer Polizei verteilt worden war, ist es nun bundesweit für alle Beamtinnen und Beamten erhältlich. Zudem ist das Gedenkabzeichen im Großformat am Gebäude der Presse- und Geschäftsstelle der GdP in Mannheim zu sehen.

### Polizisten und ihre Familien erhalten mehr Entschädigungen

Die Politik hat indes veranlasst, dass Hinterbliebene von getöteten Polizisten und schwer geschädigte Beamte künftig deutlich besser entschädigt werden. Dies hatte die GdP nach dem Marktplatz-Attentat gefordert. Nun hat das baden-württembergische Finanzministerium auf Anregung der





CDU und des Innenministeriums geprüft und entschieden. Demnach passt das Land seine Zahlungen auf das Niveau des Bundes und anderer Länder an.

„Wir werden die Entschädigung neu regeln und verbessern“, sagte Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne). „Eine höhere Entschädigung macht den Verlust nicht weniger schmerzvoll, ist aber ein wichtiges Signal der Unterstützung.“ Auch Innenminister Thomas Strobl (CDU) ist zufrieden: „Wir stehen hinter denen, die für uns eintreten – und dafür sogar Leib und Leben einsetzen. Wir schützen die, die uns schützen“, sagte er nach Ministeriumsangaben.

Gundram Lottmann, der Landesvorsitzende der GdP, lobte in einer Mitteilung die schnelle Umsetzung. „Nach dem schrecklichen Tod unseres Kollegen Rouven Laur haben wir sehr viele und intensive Gespräche mit politischen Verantwortungsträgern geführt“, erklärte Lottmann. „Dass jetzt die Unfallfürsorge für die Landesbeamten angepasst wird, ist richtig und ein wichtiges Signal, dass der Dienstherr seine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beschäftigten ernst nimmt.“

## Viele Beiträge künftig fast verdoppelt

Beamtinnen und Beamte sollen künftig 150.000 Euro statt wie bislang 80.000 Euro erhalten, sollten sie wegen eines Dienstunfalls mindestens zu 50 Prozent dauerhaft geschädigt bleiben. Stirbt ein Beamter oder eine Beamtin im Dienst, wird Witwen oder Witwern sowie versorgungsberechtigten Kindern künftig 100.000 Euro gezahlt. Bislang waren es 60.000 Euro. Hinterlässt der oder die Tote keine Kinder oder Partner, erhalten die Eltern und nicht versorgungsberechtigte Kinder eine einmalige Zahlung von 40.000 Euro, doppelt so viel wie derzeit. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind nach Angaben des Landesinnenministeriums mehr als 80 Polizisten und Polizistinnen in Baden-Württemberg bei einem Einsatz ums Leben gekommen. Vor dem gewaltsamen Tod Laurs starb zuletzt 2013 ein Polizist. Zuletzt hatte der Unfalltod eines Motorradpolizisten in Stuttgart im Rahmen der Fußball-EM für Aufsehen gesorgt. Nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz haben die Hin-



Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Mannheim hat ein Abzeichen zum Gedenken an Rouven Laur herstellen lassen.

terbliebenen von im Dienst gestorbenen Beamtinnen und Beamten – unabhängig von sonstigen Zahlungen wie etwa Renten oder Beerdigungskosten – einen Anspruch auf eine einmalige Entschädigung. Die CDU hatte kritisiert, Baden-Württemberg zahle im Ländervergleich die niedrigsten Beträge im Todesfall. ■

### GdP-PROZESSBEOBACHTUNG INFORMIERT:

## BGH bestätigt endgültig Freispruch für Mannheimer Polizisten

Mannheim – Am 7. August 2024 hat der Bundesgerichtshof (BGH) die Revision der Nebenklägerin im Verfahren um den Tod von Ante P., der am 2. Mai 2022 nach einem Polizeieinsatz auf dem Mannheimer Marktplatz verstarb, als unbegründet zurückgewiesen. Damit wird der Freispruch eines der beteiligten Mannheimer Polizisten rechtskräftig.

### Redaktion (TM)

Diese Entscheidung bezieht sich auf das Urteil des Landgerichts Mannheim, das den Beamten bereits zuvor freigesprochen hatte. Der Staatsanwalt, der ursprünglich den Vorwurf der fahrlässigen Tötung durch Unterlassen erhoben hatte, wich während seines Plädoyers von dieser Anschuldigung ab. Er stützte sich auf ein Gegengutachten, das von der GdP auf Empfehlung der be-

auftragten Rechtsanwältin in Auftrag gegeben wurde und die Unschuld des Polizisten untermauerte. Auch das Landgericht folgte diesem Gutachten. Der BGH-Beschluss vom 25. Juli enthält, wie in solchen Fällen üblich, keine detaillierte Begründung.

Ungeklärt bleibt allerdings noch die Entscheidung des BGH über die Verurteilung eines zweiten Polizisten, der wegen Körper-

verletzung im Amt zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Das Verfahren in diesem Punkt ist laut einem Sprecher des BGH noch nicht abgeschlossen.

Am 1. März 2024 hatte das Landgericht Mannheim den hauptangeklagten Polizisten wegen Körperverletzung im Amt zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt. Der zweite Polizist wurde vom Vorwurf der fahr-



lässigen Tötung freigesprochen, womit das Gericht weitgehend den Forderungen der Staatsanwaltschaft folgte.

Der Fall erregte in Mannheim und darüber hinaus großes Aufsehen. Die beiden Polizisten wurden angeklagt, nachdem der psychisch kranke Ante P. während des Einsatzes am 2. Mai 2022 kollabierte und später im Krankenhaus verstarb. Er sollte ins Mannheimer Zentralinstitut für Seelische Gesundheit zurückgebracht werden, widersetzte sich jedoch und schlug auf einen Kollegen ein. Daraufhin wurde Pfefferspray eingesetzt und einfache körperliche Gewalt (Faustschläge),

was jedoch wirkungslos blieb. Der Mannheimer Vorsitzende der GdP, Thomas Mohr, setzte sich öffentlich für die beiden Polizisten ein und begrüßte die Entscheidung des BGH. Nach dem Urteil des Landgerichts hatte Mohr zu Spenden aufgerufen, um den verurteilten Kollegen finanziell zu unterstützen. In einer Erklärung vom 6. August 2024 betonte Mohr: „Wir haben uns von Anfang an öffentlich hinter die Beamten gestellt und auf die Unschuldsvermutung hingewiesen, bis das Gegenteil bewiesen ist. Diese Grundannahme wurde nun auch durch die Entscheidung des BGH bestätigt, die das Urteil des



Rund 6700 Euro wurden gesammelt und davon die Rechtsanwaltskosten eines Kollegen (kein GdP-Mitglied) beglichen.

Landgerichts Mannheim endgültig rechtskräftig gemacht hat.“

Mit dem Beschluss des BGH ist der Freispruch eines der beteiligten Polizisten nun endgültig bestätigt. ■

#### GdP-BEZIRKSGRUPPE FREIBURG

## Einsatzrucksäcke für den Verein „Region der Lebensretter e. V.“

Die GdP-Bezirksgruppe Freiburg konnte im Juli 2024 zwei Einsatzrucksäcke an den Freiburger Verein „Region der Lebensretter e. V.“ überreichen.

#### Frank Reichmann

BG-Vorsitzender Freiburg

Der gemeinnützige Verein „Region der Lebensretter e.V.“ wurde 2017 in Freiburg von führenden Notfall- und Intensivmedizinern, Verantwortlichen des DRK sowie der Stadt Freiburg gegründet. Ziel des Vereins ist es, das reanimationsfreie Intervall bei Patienten mit einem Herz-Kreislauf Stillstand auf ein Minimum zu verkürzen.

Mittlerweile hat der Verein im Bereich der ILS Freiburg 1.750 Ersthelferinnen und Ersthelfer. In Baden-Württemberg machen bereits über die Hälfte aller Landkreise bei der Unterstützung des Vereins mit.

PHK'in Diana Kunz, Ansprechpartnerin der „Region der Lebensretter“ für das

PP Freiburg, trat an den Bezirksgruppenvorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe Freiburg, Frank Reichmann, heran und bat um Unterstützung für den Verein. Nach einem Vorstandsbeschluss konnte die Unterstützung zugesichert werden und es wurden zwei Einsatzrucksäcke im Gesamtwert von 200 Euro beschafft.

Der erste der beiden Rucksäcke ging nun bereits an unser GdP-Mitglied Mattis Künkel vom Polizeirevier Bad Säckingen. Mattis engagiert sich ehrenamtlich als Ersthelfer für den Verein und kann nun ausgestattet mit dem neuen Rucksack in Notfällen Hilfe leisten. ■



GdP-Bezirksgruppenvorsitzender Frank Reichmann überreichte Diana Kunz vom Verein „Region der Lebensretter“ zwei Einsatzrucksäcke.

#### DP – Deutsche Polizei Baden-Württemberg

**Geschäftsstelle**  
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (07042) 879-0  
Telefax (07042) 879-2 11  
info@gdp-bw.de  
www.gdp-bw.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Thomas Mohr (V.i.S.d.P.)  
Maybachstraße 2  
71735 Eberdingen  
redaktion@gdp-bw.de

**Redaktionsschluss**  
Zuschriften für das Landesjournal Baden-Württemberg können an redaktion@gdp-bw.de gesendet werden. Die Texte bitte unformatiert und Bilder separat im Anhang übersenden. Redaktionsschluss für die November-Ausgabe ist der 4. Oktober 2024, für die Dezember-Ausgabe der 3. November 2024.

# Unschlagbare Vorteile als GdP-Mitglied

## In deinem GdP-Mitgliedsbeitrag enthalten:

- Beitragsfreie Rahmenanwartschaft für die Dauer der Polizeiausbildung (in allen Bundesländern mit Heilfürsorge ab Ausbildungsbeginn sowie bei der Bundespolizei)
- Unfall-Vollzugsdienstabsicherung (in den Bundesländern mit Beihilfe ab Ausbildungsbeginn)
- Unfallschutz für Dienst- und Freizeitunfälle
- Dienstaft-/Amthaftpflichtversicherung inkl. Dienstfahrzeugregresshaftpflicht
- Dienst-/Arbeits-Rechtsschutz über GdP-Rechtsschutzordnung
- Sterbegeldbeihilfe

## Deine Vorteilskonditionen als GdP-Mitglied bei der SIGNAL IDUNA Gruppe und PVAG Polizeiversicherungs-AG:

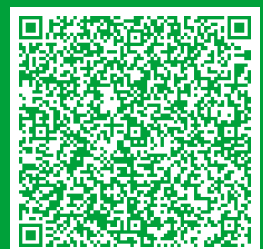
- Für Polizeianwärter innerhalb der ersten 6 Monate ab Ausbildungsbeginn vereinfachte Antragstellung und keine Gesundheitsprüfung für ausgewählte Tarife in der Kranken- und Pflegeversicherung
- Echte Dienstunfähigkeits-/Polizeidienstunfähigkeitsabsicherung über GdP-Rahmenkollektivvertrag (auch für Spezialkräfte von Polizei und Zoll) mit einfacher Gesundheitserklärung innerhalb der ersten 6 Monate nach Abschluss einer Krankenvollversicherung
- Unfallabsicherung auch für Spezialeinsatzkräfte der Polizei und des Zolls
- Spezielle Leistungserweiterungen in der PVAG-Unfallversicherung für Einsatzkräfte
- Beitragsvorteil bis zu 25 % in der PVAG-Unfallversicherung
- Günstige Einstufung nach Schadenfreiheitsklasse ½ (70 %) in der Kfz-Haftpflichtversicherung für Polizeianwärter
- Besonderer Beitragsnachlass in der PVAG-Sach-/Haftpflichtversicherung
- Spezielle Leistungserweiterungen in der PVAG-Sachversicherung

## Profiberatung in Deiner Nähe

Regionalleiter  
Jürgen Rittel

Mies-van-der-Rohe-Str. 6  
80807 München  
089 - 55 144 110  
0160 - 72 33 808

[juergen.rittel@signal-iduna.de](mailto:juergen.rittel@signal-iduna.de)



Kontaktdaten scannen!

**PVAG Polizeiversicherungs-AG**  
Das Gemeinschaftsunternehmen  
von GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe  
[www.pvag.de](http://www.pvag.de)

**PVAG**  
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft  
der Polizei

**SIGNAL IDUNA**





# SCHWABENLAND TOURISTIK

PSW POLIZEISOZIALWERK-REISEN



Partner der **Gewerkschaft der Polizei**  
in Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz

Auf [www.schwabenlandtouristik.de](http://www.schwabenlandtouristik.de)  
findest du viele weitere Reisen  
Einfach QR-Code scannen



**JETZT  
BUCHEN ZU  
BESTPREISEN**  
ERHOLUNG FÜR ALLE SINNE  
ENTDECKE JETZT UNSERE TOP-ANGEBOTE!

AB  
**599€**  
Pro Person



**SIVA GOLDEN BAY MAKADI\*\*\*\*** Hurghada - Ägypten  
z.B. ab Frankfurt, 29.09.2024 - 06.10.2024, 7 Tage,  
ALL INCLUSIVE, Deluxe Doppelzimmer Gartenblick

AB  
**699€**  
Pro Person



**TUI BLUE ROCADOR\*\*\*\*** Cala d'Or - Mallorca  
z.B. ab Stuttgart, 22.10.2024 - 29.10.2024, 7 Tage,  
HALBPENSION, Doppelzimmer, inkl. Zug zum Flug

AB  
**799€**  
Pro Person



**ALDEMAR KNOSSOS ROYAL\*\*\*\*\*** Heraklion - Griechenland  
z.B. ab München, 17.10.2024 - 24.10.2024, 7 Tage,  
HALBPENSION, Bungalow

AB  
**1.149€**  
Pro Person



**HOTEL PARQUE TROPICAL\*\*\*\*** Las Palmas - Gran Canaria  
z.B. ab München, 15.10.2024 - 22.10.2024, 7 Tage,  
HALBPENSION, Doppelzimmer Premium, inkl. Zug zum Flug

ANDERE ABFLUGHÄFEN AUF ANFRAGE

Rufen Sie unsere fachkundigen Mitarbeiter\*innen an **0711 40269900**